



Schmerzversorgung: Physiotherapie stärker einbinden

Erschienen am 03.11.2016

Beim diesjährigen 3. Nationalen Schmerzforum in Berlin stand das Thema „Qualität & Schmerzversorgung“ im Fokus der Paneldiskussion. IFK-Vorstandsvorsitzende Ute Repschläger nahm als einzige Verbandsvertreterin der Physiotherapie im Kreise hochrangiger gesundheitspolitischer Entscheidungsträger teil und mahnte eine notwendige Aufwertung der Berufsgruppe für eine qualitätsorientierte Patientenversorgung an. Für die Politik diskutierten die Bundestagsabgeordneten Helga Kühn-Mengel (SPD), Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen) und Birgit Wöllert (Die Linke) mit.

Mit ihrem einstimmigen Beschluss „Stärkung der schmerzmedizinischen Versorgung“ der 88. Gesundheitsministerkonferenz hatten die Gesundheitsminister der Länder hervorgehoben, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen, um flächendeckend ein adäquates Schmerzmanagement im ambulanten und stationären Bereich zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund diskutierten die Teilnehmer des 3. Nationalen Schmerzforums über sinnvolle Maßnahmen, Handlungsfelder und Herausforderungen für die Qualitätsorientierung des deutschen Gesundheitswesens.

Dr. Sibylle Scriba, Amtierende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) berichtete über die entsprechenden Initiativen der Bundesländer. Für die Interessen der Physiotherapie machte Ute Repschläger insbesondere darauf aufmerksam, dass eine zukunfts- und qualitätsorientierte Patientenversorgung nicht möglich sei, solange die Politik die Professionalisierung und Weiterentwicklung der Gesundheitsfachberufe behindere. Denn laut der IFK-Vorstandsvorsitzenden sollten sich die Leistungserbringer insbesondere bei einer multimodalen Therapie auf Augenhöhe begegnen. Sie warb außerdem für Unterstützung bei der Novellierung der Berufsgesetze der Gesundheitsfachberufe und für eine flächendeckende Anerkennung der Hochschulausbildung.

Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) stellte das Zukunftskonzept „KBV 2020“ hinsichtlich der Chancen für die Schmerztherapie vor. Darin warb er für die Telemedizin und interdisziplinäre Videokonferenzen. Ute Repschläger mahnte diesbezüglich an, dass es im Sinne eines optimalen Fallmanagements notwendig sei, dass nicht nur Ärzte, sondern auch nicht-ärztliche Gesundheitsberufe auf die patienten- und leistungsbezogenen Daten der elektronischen Gesundheitskarte des Patienten zugreifen können. Allerdings bremse die Politik die Physiotherapeuten und andere Leistungserbringer diesbezüglich noch aus.

Im Anschluss an die Paneldiskussion tauschte sich die IFK-Vorstandsvorsitzende mit den Vertretern der Politik insbesondere darüber aus, dass der Entwurf des Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetzes (HHVG) dringend im Sinne einer Ermöglichung von Modellen für den Direktzugang zum Physiotherapeuten nachgebessert werden müsse.